

Gruppe

im Sindelfinger Gemeinderat

Rathaus, 71065 Sindelfingen

Sprecher: Richard Pitterle

E-Mail: richard.pitterle@linke-sindelfingen.de

2.5.2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr OB Dr. Vöhringer, sehr geehrter Herr Bürgermeister Gangl, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Clemens,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Herr Gangl, Sie haben uns einen imposanten Haushaltsentwurf vorgelegt, aber da Haushaltszahlen auch immer ein Ausdruck für die in diesen Zahlen repräsentierte Politik sind, sage ich Ihnen gleich zu Beginn dieser wird den Anforderungen an die Zukunft unserer Stadt nicht gerecht, zudem halten wir ihn auch nicht für sozial ausgewogen.

Fangen wir mit der wichtigsten Frage an: bezahlbarer Wohnraum. Warum ist das wichtig?

Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist zur sozialen Frage schlechthin geworden. Die steigenden Wohnkosten werden mehr und mehr zum Armutrisiko, jetzt schon und erst recht im Alter. Sie verstärken die Ungleichheit im Land und die Kluft zwischen denen, die Wohneigentum haben oder erben, und denjenigen, die lebenslang zur Miete wohnen. Bezahlbarer Wohnraum ist jedoch nicht irgendeine Ware. Es geht um ein Menschenrecht. Umso ärgerlicher ist, dass beim sozialen Wohnungsbau immer noch zu wenig vorangeht. Frau Baubürgermeisterin hatte 2019 (!) eine Vorlage eingebracht, wonach bei ausgewählten Bauvorhaben eine 20 %- Quote verpflichtend sein sollte, SPD-Grüne und die LINKE haben einen Änderungsantrag gestellt, dass die Quote 30% betragen sollte und im Regelfall bei städtischen Grundstücken und bei Schaffung vom Baurecht anwendbar sein sollte. Die Verwaltung hat sich entschieden ihre eigene Vorlage in der Schublade zu belassen, damit kann auch nicht über den Änderungsantrag abgestimmt werden. Alle Feiertagsreden des Oberbürgermeisters über die Notwendigkeit des bezahlbaren Wohnraums werden durch dieses Verhalten ad absurdum geführt. Eigentlich müssten alle wissen, dass die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnraum auch die Schlüsselfrage für die Gewinnung von Fachkräften für die Kitas, für die Pflege, aber auch die Verwaltung und die Wirtschaft sind. Und es ist auch eine Frage des Klimaschutzes, weil es einen Unterschied ausmacht, ob Arbeitende in Sindelfingen eine bezahlbare Wohnung finden oder einpendeln müssen.

In diesem Zusammenhang finden wir wichtig, dass die Stadt ihre Grundstücke in der Innenstadt, in der Langen Straße 4 und 6 sowie in der Planie und der unteren Burggasse mit bezahlbarem, architektonisch modern gestaltetem, Wohnraum bebaut, der die historische Umgebung in seiner Gestaltung berücksichtigt.

Der Zustand der städtischen Grundstücke in der Innenstadt ist zum Teil erbärmlich und zum Fremdschämen und ist auch nicht durch den sehr schönen, und nicht ganz billigen **Sindelfingen** Schriftzug zu kaschieren.

Daher stellen wir den Antrag in den Haushalt zumindest die Kosten der Planung für das Bebauung dieser Grundstücke einzustellen.

Eltern entlasten: Kita-Gebühren im letzten Jahr vor der Einschulung verzichten

Die großen Einnahmen, die sie zum Teil auch dem jahrelangen Drängen der LINKEN auf Erhöhung der Gewerbesteuer zu verdanken haben, sollten wir nutzen, um die Eltern zu entlasten, die in den letzten Jahren durch Corona, steigende Energiekosten und Inflation besonders leiden. Da die Kitas bekanntlich keine Verwahranstalt sind, sondern ein wichtiger Teil der kindlichen Bildung sind, sollten sie gebührenfrei sein. Wir wollen einen Teil der Mehreinnahmen der Stadt bedingt durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer, -hier rechnet Herr Gangl mit mehr als einer Million Mehreinnahmen -, die u.a. den höheren

Für eine neue soziale Idee!

Preisen, also der Inflation mitgeschuldet ist, den Eltern zurückgeben, in dem wir auf die Erhöhung der Gebühren im letzten Jahr vor der Einschulung verzichten. Das wäre nicht nur sozial, sondern eine gute Investition die frühkindliche Bildung.

Damit komme ich zum Masterplan Schulen:

Wir befürworten diesen Plan und sind auch mit der Schaffung eines Sondervermögens einverstanden. Ich kann nur sagen, so schnell wie möglich in die Umsetzung bringen. Dennoch muss feststellen, dass der Plan nicht ambitioniert genug scheint. Das will ich aus Zeitgründen an einem Aspekt festmachen.

Dieser heißt Barrierefreiheit.

„Wir wollen, dass in Baden-Württemberg alle Schulen und Häuser der Berufsausbildung barrierefrei sind.“, steht im Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Baden-Württemberg. Unterschrieben vom MP Kretschmann. Wenn Sie uns schon einen Masterplan Schulen hier vorstellen, frage ich mich, warum nicht im Rahmen dieses Masterplans nicht alle Schulen barrierefrei umgebaut werden. Es geht hierbei nicht um Gnade, sondern um ein Menschenrecht.

Schulsozialarbeit ausweiten:

Wir kommen angesichts des Zuwachses von Geflüchteten aus der Ukraine, aber auch anderen von Krieg betroffenen Gebieten, nicht umhin die Stellen für Schulsozialarbeit aufzustocken. Auch wenn die Finanzierung vom Bund und Land hierfür geleistet werden müsste, bleibt bei uns auf kommunaler Ebene die Verantwortung für vorausschauendes Handeln und Vorfinanzierung des für die Integration gebotenen.

Bestandsgarantie für Bäder Klostergarten und Maichingen verlängern

Zum Thema der Schulen gehört auch der Schwimmunterricht. Früh schwimmen zu lernen gehört zum wichtigsten Schutz vor Ertrinkungsunfällen. Nach den Verkehrsunfällen ist Ertrinken die zweithäufigste Art tödlich verlaufender Unfälle im Kindesalter. Deswegen wollen wir die Bestandsgarantie für die Bäder Klostergarten und Maichingen verlängern und in die notwendige Sanierung investieren. Gerade wenn wir das Hallenbad zum Familienbad ausbauen wollen, benötigen wir die beiden Bäder im Klostergarten und Maichingen für das Schulschwimmen.

Auch wenn wir von Verlängerung der Bestandsgarantie sprechen, sollten wir überlegen, ob wir die Bäder nicht dauerhaft erhalten wollen. Die Einwohnerzahlen wachsen und somit auch die Zahl der Kinder, die schwimmen lernen sollen.

Klimaschutz / Energiewende:

SPD, Grüne und FDP haben sich auf eine Novelle des Gebäudeenergiegesetzes geeinigt. Danach sollen fossilbetriebene Heizungen ersetzt werden und vom kommenden Jahr an alle neu eingebauten Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Diese Planung war der Verwaltung bekannt. Mir fehlt der Plan, wie das für die städtischen Gebäude umgesetzt werden soll und welche Mittel hierfür eingeplant sind. Was man von den Bürgern verlangt, sollte der Staat vorleben.

Wir finden in diesem Zusammenhang zwei Maßnahmen für erforderlich.

Fernwärme für alle

In der Kernstadt, aber auch in vielen Stadteilen gibt es Häuser, die für den Einbau von Wärmepumpen als Heizung nicht geeignet sind. Die Stadt und auch die Stadträte von Fraktionen, die im Aufsichtsrat der Stadtwerke sitzen, sollten ihren Einfluss geltend machen, dass die Stadtwerke allen Hausbesitzern den Zugang zu Fernwärme ermöglicht, selbst wenn es sich im Einzelfall für die Stadtwerke nicht rechnet. Für das Klima rechnet sich das allemal.

Klimaschutz/Energiewende-Fond einrichten

Wir beantragen, einen Fond für Klimaschutz/Energiewende zu schaffen, um die sozialen Verwerfungen, die sich aus dem zu erwartenden Gebäudeenergiegesetz ergeben zu mildern. Der Fond sollte mindestens einen Betrag von 500.000 € pro Haushaltsjahr enthalten.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf der SPD/Grünen/FDP ist zu befürchten, dass die Kosten der geforderten Änderungen im Heizungssystem über die sogenannte Modernisierungsumlage von den Vermietern auf die Mieter abgewälzt werden. Viele Mieter wissen schon heute nicht, wie sie die gestiegenen Energiekosten bezahlen sollen. Eine Abwälzung der Kosten des Heizungstausches auf die Mieter wird für viele untragbar. Auch hier wäre es verantwortungslos sich auf soziale Absicherung durch den Bund zu verlassen. Wir brauchen einen Fond, aus dem diese Kosten erstattet werden, wenn es für den einzelnen Mieter sozial nicht tragbar ist.

Zum Klimaschutz gehört auch unser Antrag die Kosten des Stadttickets wieder auf 3,00 € zu reduzieren.

Es ist doch kontraproduktiv, wenn in diesen Zeiten Preise für den öffentlichen Nahverkehr erhöht werden.

Den Etat für Kauf von Grundstücken wollen wir um 10 Millionen pro Jahr aufstocken, das die evangelische Kirche einige Grundstücke aufgeben will, sollte die Stadt prüfen, welche davon für schulische und soziale Zwecke oder als Wohnraum erworben werden könnten.

Zum Thema: Stellenplan

Wir werden die vorgeschlagenen weiteren Stellen mittragen und denken im Gegensatz zur FDP und CDU, dass die Verwaltung nicht überdimensioniert ist. Laut aktuellen OECD-Daten sind von allen Beschäftigten in Deutschland lediglich knapp elf Prozent im öffentlichen Dienst tätig. Die Bundesrepublik liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder von 17,9 Prozent.

Zum Thema Digitalisierung

Im Bereich „E-Government“ liegen wir als Stadt ebenfalls deutlich zurück. Das ist zwar zur gesamten Bundesrepublik nicht außergewöhnlich, aber bei unserem Anspruch in der Digitalstrategie schon.

Bekanntlich findet sich die Bundesrepublik an 21. Stelle der 28 EU-Mitgliedstaaten. Bei der Nutzung von E-Government-Diensten steht Deutschland gar nur an 26. Stelle. So konstatiert der Länderbericht der EU-Kommission erneut: „Die größte digitale Herausforderung“ bestehe für Deutschland in der Verbesserung der Online-Interaktion zwischen Behörden und den BürgerInnen.“

Wir haben daher noch viel zu tun. Lassen Sie uns in die Beratungen einsteigen.

Ich bedanke mich bei Herrn Pflumm und allen Mitarbeitenden, die an dem HH-Planentwurf beteiligt waren.